

Ranking im Globalen Rechtsindex 2018

5 – Rechte nicht garantiert

4 – Systematische Rechtsverletzungen

Afrika	Gesamtamerika	Asien	Europa	Nahost/Nordafrika
Eswatini (4)	Brasilien (4)	Korea (5)	Weißrussland (5)	Bahrain (5)
Mauretanien (5)	Kolumbien (5)	Kambodscha (5)	Kasachstan (5)	Iran (5)
Simbabwe (5)	Guatemala (5)	Myanmar (4)	Türkei (5)	Algerien (5)
	Mexiko (5)		Ukraine (5)	Ägypten (5)

Afrika

Eswatini (vormals Swasiland): Dank der Bemühungen des IGB bei der IAO wurde die IGB-Mitgliedsorganisation ATUSWA offiziell zugelassen und das Antiterrorgesetz geändert, um Gewerkschaftsaktivitäten von Terrorismus zu unterscheiden. Das Land erhielt im Jahr 2017 erneut Zugang zu den Märkten der USA im Rahmen des Africa Growth and Opportunity Act (AGOA), nachdem die Regierung Gesetzesänderungen im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Ausschusses für die Durchführung der Normen (CAS) vorgenommen und die Empfehlungen des TUCOSWA bezüglich des Arbeitsbeziehungsgesetzes und des Arbeitsvermittlungsgesetzes berücksichtigt hatte. Im Fall Nr. 269/17, Swaziland Union of Financial Institutions and Allied Workers gegen Nedbank Limited, hat das Arbeitsgericht im August 2017 sein Urteil gefällt und das Streikrecht als ein Grundrecht bestätigt sowie den Ersatz Streikender für rechtswidrig erklärt. Trotz dieser Erfolge bestehen nach wie vor beträchtliche Herausforderungen mit Blick auf die Gewährleistung der Vereinigungsfreiheit in dem Land. Während des Jahres 2018 ging die Polizei wiederholt gewaltsam gegen friedliche Demonstranten vor und die Bemühungen des TUCOSWA um einen Dialog wurden immer wieder untergraben.

Mauretanien: Infolge des vom IGB ausgeübten internationalen Drucks wurden die von der Regierung angeordneten gerichtlichen Kontrollmaßnahmen und Reiseverbote für CLTM-Generalsekretär Samoury Ould Beye und CGTM-Generalsekretär Abdellah Naha im Jahr 2018 schließlich aufgehoben. Nach IGB-Berichten gegenüber der WTO sowie AGOA-Petitionen, die mit Unterstützung der AFL-CIO eingereicht wurden, hat die Regierung eine hochrangige direkte Kontaktmission der IAO und einen Fahrplan für die Fertigstellung und Verabschiedung eines Zwangsarbeits-Aktionsplans akzeptiert und sich dazu verpflichtet, bis März 2019 Betriebsratswahlen abzuhalten. Herausforderungen bestehen nach wie vor mit Blick auf den Schutz der Opfer und ihren Zugang zur Justiz, da das Anti-Sklaverei-Gesetz aufgrund der nicht erfolgten Umsetzung von Erlassen bisher keine Wirkung zeigt.

Simbabwe: Die Unterstützung der ZCTU-Lohnkampagne durch den IGB hat zu gewissen Erfolgen bezüglich der Vereinigungsfreiheit in der Zuckerindustrie geführt, da das Verhandlungsgremium der Branche beschlossen hat, willkürlichen Arbeitgeberentscheidungen zu Abzügen der Gewerkschaftsbeiträge ein Ende zu setzen. Darüber hinaus wurde ebenfalls in der Zuckerindustrie eine richtungsweisende Vereinbarung abgeschlossen, die die unfreiwillige Übertragung der Mitgliedschaft von einer Gewerkschaft auf eine andere seitens des Arbeitgebers untersagt und damit in wirksamer Weise dafür sorgt, unfreiwillige, auf die Schwächung der Gewerkschaften abzielende Abzüge von Gewerkschaftsbeiträgen zu beenden. Auch die eingefrorenen Vermögenswerte des ZCTU wurden wieder freigegeben. Herausforderungen bestehen nach wie vor mit Blick auf die Sicherstellung regelmäßiger Lohnzahlungen sowie die Inkraftsetzung des dreigliedrigen Fahrplans, der unterzeichnet wurde, um die Empfehlungen der hochrangigen IAO-Mission im Jahr 2017 umzusetzen. Die Gefährdung der Vereinigungsfreiheit und des Vereinigungsrechtes war auch während des Jahres 2018 ein Problem, wobei die Polizei gewaltsam gegen friedliche Demonstrationen des ZCTU vorging und seine führenden Vertreter festnahm.

Gesamtamerika

Brasilien: Trotz intensiver Kampagnen des IGB, seiner Mitgliedsorganisationen und der Globalen Gewerkschaftsföderationen befindet sich Ex-Präsident Lula weiterhin als politischer Gefangener in Haft. Das Gerichtsurteil, das seine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen verhinderte, ist ein Hohn auf die Gerechtigkeit und macht deutlich, wie sehr die Großkonzerne das gesamte institutionelle Rahmenwerk Brasiliens im Griff haben. Die Behörden beschneiden die Arbeitnehmerrechte in Rekordgeschwindigkeit. Die internationale Gewerkschaftsbewegung wird die Gewerkschaften in Brasilien unterstützen, um Rechtsverletzungen aufmerksam zu verfolgen und die Achtung der Arbeitnehmerrechte unter der neuen Regierung des extrem rechtsgerichteten Präsidenten Bolsonaro zu verteidigen, und sie wird weiter Seite an Seite mit Lula stehen und seine Freilassung fordern.

Kolumbien: Mit Unterstützung des IGB und des TUAC ist es den kolumbianischen Gewerkschaften gelungen, Gewerkschaftsforderungen in das OECD-Beitrittsverfahren einfließen zu lassen. Obwohl dem Land schließlich im Jahr 2018 der OECD-Beitritt angeboten wurde, hatten die Gewerkschaften zuvor mehr als vier Jahre lang gegenüber OECD-Mitgliedern auf das Versäumnis der Regierung hingewiesen, Fortschritte in Bezug auf die Gewerkschaftsrechte und die Sicherheit zu erzielen. Zentrale Gewerkschaftsthemen finden sich auch in einem Rahmen für Überwachungsmaßnahmen nach dem Beitritt. Das von den Gewerkschaften unterstützte kolumbianische Friedensabkommen war zwar ein großer Erfolg, aber die Aussicht auf Frieden in Kolumbien ist ernsthaft in Gefahr. Bergbaugesellschaften dringen in indigene Gebiete vor, und paramilitärische Kräfte gruppieren sich neu, um in Gebiete vorzustoßen, die die FARC im Rahmen des Friedensabkommens verlassen hat. Die zutiefst alarmierende Situation gefährdet den Friedensprozess und wird durch die eskalierende Gewalt gegenüber Gewerkschafter/innen weiter verschlimmert.

Guatemala: Die Arbeitnehmerklage bei der IAO hat zu der seit langem angestrebten Reform der Arbeitsaufsichtsbestimmungen geführt. Durch die im Jahr 2017 beschlossenen Änderungen haben die Inspektoren größere Befugnisse erhalten und sind nun u.a. in der Lage, Arbeitgebern, die gegen das Arbeitsgesetz verstoßen, Bußgelder aufzuerlegen. Unter der Schirmherrschaft der IAO geführte Diskussionen haben den guatemaltekenischen Gewerkschaften zudem dabei geholfen, einen dreigliedrigen Ausschuss für Vereinigungsfreiheit und Arbeitsbeziehungen in dem Land einzurichten. Die mögliche Auflösung der UN-Kommission gegen die Straffreiheit in Guatemala stellt nach wie vor eine Herausforderung dar, die von der internationalen Gemeinschaft und der Gewerkschaftsbewegung ernst genommen werden sollte. Der IGB wird seine Mitgliedsorganisationen weiter dabei unterstützen, die Umsetzung der mit der Regierung getroffenen internationalen Vereinbarungen zugunsten gerechter Arbeitsgesetze zu überwachen.

Mexiko: Die Billigung von Verfassungsreformen und der spätere Beschluss des mexikanischen Senats am 20. September 2018, das IAO-Übereinkommen Nr. 98 über das Vereinigungsrecht und Kollektivverhandlungen zu ratifizieren, sind wichtige Erfolge für die mexikanischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach einer kontinuierlichen Kampagne des mexikanischen Gewerkschaftsbundes UNT, des IGB, des TUCA und der Globalen Gewerkschaftsföderationen. Die Anpassung der mexikanischen Gesetze an das Übereinkommen bedeutet, dass die Beschäftigten nicht länger unter den jahrzehntelang verwendeten sogenannten „Schutzverträgen“ zu leiden haben werden, bei denen Scheingewerkschaften ohne Wissen oder Zustimmung der Beschäftigten in ihrem Namen korrupte Verträge mit Arbeitgebern abschließen. Eine künftige Herausforderung wird darin bestehen, sicherzustellen, dass die Beendigung der Schutzverträge tatsächlich zur Realität wird.

Asien

Korea: Es ist den koreanischen Gewerkschaften gelungen, die regressive Arbeitsrechtsreform der gewerkschaftsfeindlichen und von der Wirtschaft dominierten Regierung der korrupten früheren Präsidentin Park Geun-hye zu stoppen. An der vom KCTU am 14. November 2015 organisierten Großkundgebung haben rund 70.000 Menschen teilgenommen. Ein Jahr später wurde KCTU-Präsident Han Sang-gyun zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt und mehr als 200 führende Vertreter des KCTU wurden festgenommen. Sechshundfünfzig von ihnen wurden strafrechtlich verfolgt. Es wurde ein breites Bündnis aus über 100 Gewerkschaften und progressiven zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet, um die Demokratie in Korea wiederherzustellen, und von November 2016 bis März 2017 fand eine dreimonatige landesweite Mobilisierungskampagne statt, um den Rücktritt von Park zu fordern. An den als Kerzenlicht-Revolution bekannten wöchentlichen Aktionen nahmen Millionen Menschen teil. Park wurde ihres Amtes enthoben und im April 2017 wegen Korruption und Machtmissbrauchs inhaftiert. Zudem wurde der Chef von Samsung zu fünf Jahren Haft wegen Korruption und geheimer Absprachen verurteilt. Der neue Präsident, Moon Jae-in, hat die führenden KCTU-Vertreter Han Sang-gyun und Lee Young-joo gegen Kautions aus der Haft entlassen und die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens Nr. 87 bis 2019 zugesagt. Infolge der sowohl nationalen als auch internationalen Kampagne sowie der Organisation und Mobilisierung von Beschäftigten und Opfern von Berufskrankheiten bei Samsung durch KMWU und „SHARPS“ hat das gewerkschaftsfeindliche Unternehmen eine historische Vereinbarung mit der KMWU über die Anerkennung der Gewerkschaft und die Festanstellung von 6.000 Leiharbeitskräften unterzeichnet. Die gewerkschaftsfeindlichen Praktiken von Samsung wurden von den Gewerkschaften in Korea und der asiatischen Region sowie auf internationaler Ebene durch die gemeinsame Veröffentlichung von IGB und IndustriALL „Samsung: Moderne Technologie, mittelalterliche Zustände“ und die anschließende Kampagne publik gemacht. Die koreanische Regierung ist jetzt dabei, die gewerkschaftsfeindlichen Praktiken von Samsung zu untersuchen, um den Konzern strafrechtlich zu belangen.

Kambodscha: Seit dem Textilarbeiterstreik im Januar 2014 werden in Kambodscha die Vereinigungsfreiheit, die Redefreiheit und das Streikrecht untergraben. Die Demokratie wurde im Zuge der Auflösung der größten Oppositionspartei und der Wiederwahl von Ministerpräsident Hun Sen im Jahr 2018 nach 33 Jahren im Amt, so lange wie sonst niemand in Asien, mit Füßen getreten. Durch das 2015 verabschiedete Gewerkschaftsgesetz und das harte Vorgehen gegen die unabhängigen Medien hat sich das gewerkschaftsfeindliche Klima in dem Land weiter verschärft. Die Finanzen und die Verwaltung der Gewerkschaften werden von der Regierung überprüft, und es gelten strenge Beschränkungen für die Vertretung der Arbeitnehmer bei Tarifverhandlungen, Arbeitskonflikten und Streiks. Das ebenso strenge NGO-Gesetz schreibt die Zulassung aller inländischen und internationalen Vereinigungen sowie „politische Neutralität“ vor und überlässt es dem Ermessen des Ministeriums, in ihre Aktivitäten einzugreifen. Die kambodschanische Regierung lehnt die Wiederherstellung der Demokratie und Rechte ab und wird immer abhängiger von chinesischen Investitionen, wobei die Bilanz in Bezug auf Menschen- und Gewerkschaftsrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung unabhängiger Gewerkschaften, schlecht aussieht.

Myanmar: Nachdem die CTUM zwei Jahrzehnte im Exil zugebracht hatte und gezwungen gewesen war, von Thailand aus zu arbeiten, wurde die Gewerkschaft schließlich im Jahr 2015 offiziell zugelassen. Seitdem hat sie zwar beeindruckend viele Beschäftigte, aber weniger als ein Prozent der Erwerbsbevölkerung organisiert. Im informellen Sektor werden keine Gewerkschaften zugelassen, und zu vielen vom Staat und vom Militär kontrollierten Arbeitsstätten haben die Gewerkschaften keinen Zugang. Es gibt kein Tarifverhandlungsgesetz und immer öfter diskriminierende Entlassungen. Die CTUM und die übrigen Gewerkschaften spielen eine unerlässliche Rolle bei der Überarbeitung der überholten und lückenhaften Arbeitsgesetze sowie bei der Beilegung von Arbeitskonflikten auf dreigliedriger Ebene. Andererseits wurden keine Fortschritte beim Schutz der Rechte von Minderheiten, einschließlich der „Rohingya“-Krise in Rakhine, erzielt. Obwohl das Militär alle strategischen Sektoren und Rohstoffe des Landes weiter fest im Griff hat, muss die gewählte Zivilregierung zeigen, dass sie internationales Recht respektiert und darf keine weiteren Menschenrechtsverletzungen gegenüber ethnischen Minderheiten begehen. Die politischen Reformen, die Friedensgespräche in Konfliktgebieten sowie das Thema Wirtschaft und Menschenrechte müssen unter Beteiligung der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft und aller ethnischen Minderheiten vorangebracht werden.

Europa

Weißrussland: Der IGB hat die am 24. August 2018 gegen Gennady Fedynich und Ihar Komlik, führende Vertreter der Gewerkschaft REP, die die Beschäftigten in der Rundfunk- und Elektronikindustrie vertritt, verhängten schweren Strafen verurteilt. Fedynich und Komlik wurden zu Unrecht für schuldig befunden, keine persönlichen Steuern auf im Rahmen internationaler solidarischer Hilfsprogramme eingegangene Gelder gezahlt zu haben, und zu einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet mehr als 23.000 USD sowie einer zur Bewährung ausgesetzten vierjährigen Haftstrafe verurteilt. Außerdem dürfen sie fünf Jahre lang keine hohen Ämter bekleiden. Der IGB wird die unabhängigen weißrussischen Gewerkschaften weiter unterstützen.

Kasachstan: Im Juli 2018 hat der IGB die Freilassung auf Bewährung von zwei führenden Vertretern der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung des Landes, Nurbek Kuschakbajew und Amin Jelesinow, begrüßt und gefordert, alle gegen sie vorgebrachten Anklagepunkte fallen zu lassen, ebenso wie die gegen Larisa Khar-kowa, die Vorsitzende des unabhängigen Gewerkschaftsbundes CITUK, erhobenen Vorwürfe. Kuschakbajew und Jelesinow waren wegen ihrer Teilnahme an friedlichen Protesten inhaftiert worden, während Khar-kowas Freizügigkeit eingeschränkt und ihr Eigentum beschlagnahmt wurde. Ihnen allen wurde die Bekleidung von Ämtern in öffentlichen Organisationen, einschließlich Gewerkschaften, untersagt. Herausforderungen bestehen nach wie vor mit Blick auf die Aufhebung der Zulassung des CITUK und einzelner Gewerkschaften, neue erfundene Anklagepunkte gegen die CITUK-Führungsspitze und die fortgesetzte Anwendung repressiver Gewerkschaftsgesetze, die die Vereinigungsfreiheit untergraben.

Türkei: Obwohl der Ausnahmezustand inzwischen aufgehoben wurde, wird das Land weiter per Erlass regiert. Schätzungsweise 169.013 Menschen müssen mit Strafverfolgung rechnen, u.a. auch wegen legitimer Gewerkschaftsaktivitäten. Seit dem Putschversuch im Juli 2016 wurden Tausende Beschäftigte fristlos entlassen. Allein im April 2017 wurden 3.974 öffentlich Bedienstete entlassen. In den Jahren 2017 und 2018 hat die Regierung zahlreiche Streiks in der Glas- und Metallindustrie verboten, da sie angeblich „der nationalen Sicherheit schaden“ würden. Nach Protesten am neuen Istanbul Flughafen gegen den Tod von 37 Arbeitskräften aufgrund der schlechten Arbeitsschutzstandards wurden 600 Beschäftigte festgenommen, und 27 Gewerkschaftsvertreter befinden sich nach wie vor in Haft, darunter Özgür Karabulut, der Vorsitzende der Gewerkschaft Devrimci Yapı-İş – DİSK. Im Einklang mit der gemeinsamen Erklärung des IGB, des EGB und der türkischen Gewerkschaften vom Mai 2017 wird der IGB seine Mitgliedsorganisationen in der Türkei weiter bei ihrem Kampf für grundlegende Rechte und Freiheiten unterstützen.

Ukraine: Die Vereinigungsfreiheit und das Recht der Gewerkschaften auf Selbstverwaltung sind ernsthaft unter Beschuss geraten. Durch neue Gesetze aus dem Jahr 2017 sind Gewerkschaftsmitglieder jetzt verpflichtet, jedes Jahr zusätzliche elektronische Erklärungen über persönliche Vermögenswerte und Sachanlagen abzugeben, während aktive Mitglieder Belästigungen durch unbekannte Banden ausgesetzt sind, wie im Falle des jüngsten Angriffs von 30 militanten Unbekannten, die vorgaben, Präsidiumsmitglieder des Gewerkschaftsbundes FTUU zu sein, die an einer Sitzung im Gewerkschaftsgebäude teilnehmen wollten. Darüber hinaus haben die Lohnrückstände schwindelerregende Ausmaße erreicht, und nicht bezahlte Arbeitskräfte, oftmals am Rande der Verzweiflung, führen spontane Protestaktionen durch, wie etwa die 94 Bergleute der Uranmine Ingulska, die anschließend von ihrem Arbeitgeber auf Schadenersatz verklagt wurden.

Nahost/Nordafrika

Bahrain: Mit Unterstützung des IGB ist es der GFBTU gelungen, die Zulassung einer neuen Gewerkschaft, der General Services Trade Union (GSTU), die Wanderarbeitskräfte vertritt, zu erwirken. Zudem wurde das gegen den stellvertretenden GFBTU-Generalsekretär verhängte Reiseverbot endlich aufgehoben. Während des Jahres 2018 hat die Regierung eine direkte Kontaktmission der IAO akzeptiert, und bei der Umsetzung der dreigliedrigen Vereinbarungen aus den Jahren 2012 und 2014 wurden Fortschritte erzielt. Es wurden zusätzliche Beschäftigte wieder eingestellt, und die Regierung hat eine Novellierung der Gesetze zugesagt. Die Diskriminierung in dem Land dauert jedoch an, und es kommt weiterhin zu willkürlichen und diskriminierenden Entlassungen. Darüber hinaus bestehen die Organisierungsherausforderungen im öffentlichen Sektor fort. Der IGB wird seine Mitgliedsorganisationen in Bahrain weiter bei ihrem Kampf für grundlegende Rechte und Freiheiten unterstützen.

Iran: Der IGB ist alarmiert über Berichte über weitere Angriffe auf erwerbstätige Menschen und deren Inhaftierung aufgrund von Gewerkschaftsaktivitäten, wobei die Sicherheitskräfte mitten in der Nacht Razzien bei Gewerkschaftern zu Hause und andere Aktionen durchführen, die sich zum Teil auch gegen diejenigen richten, die an Protesten im Januar 2018 beteiligt waren. Stahlarbeiter des Stahlunternehmens in Ahvaz wurden mehrere Tage lang in Gewahrsam genommen, weil sie wegen nicht ausgezahlter Löhne gestreikt hatten. Mohammad Habibi, Sekretär der Iranischen Lehrervereinigung, wurden vor den Augen seiner Schüler in seinem Klassenzimmer festgenommen. Die Sicherheitskräfte setzten Pfefferspray ein, legten ihm Handschellen an und brachten ihn in sein Haus, das sie anschließend durchsuchten. Danach kam er in das Gefängnis Evin, wo andere Gewerkschafter bereits seit Jahren einsitzen. Die Beschäftigten der Zuckerraffinerie Haft Tapeh, die die Zahlung ihrer seit sechs Monaten ausstehenden Löhne gefordert hatten, wurden schließlich nach einer langen Kampagne, in deren Verlauf mit brutaler Gewalt gegen die Protestierenden vorgegangen wurde, bezahlt. Auch nach der Aufhebung der internationalen Sanktionen ist wirtschaftliches Missmanagement weit verbreitet, was größtenteils auf den immensen Einfluss des iranischen Militärs auf die Wirtschaft und den Einfluss konservativer Geistlicher zurückgeht. An unabhängigen Gewerkschaftsaktivitäten beteiligte Beschäftigte müssen mit schweren Repressionen rechnen, inklusive Haftstrafen aufgrund falscher Tatbestände, wie im Falle von Reza Shahabi, Esmail Abdi, Ebrahim Madadi und vielen anderen. Während des Jahres 2018 wurden Berichten zufolge 150 Lkw-Fahrer festgenommen und 17 Aktivisten von einem Gericht in der Provinz Qazvin zum Tode verurteilt. Der IGB wird die Globalen Gewerkschaftsföderationen und ihre Mitgliedsorganisationen in dem Land weiter unterstützen.

Algerien: Die Vereinigungsfreiheit und das Vereinigungsrecht unabhängiger Gewerkschaften sind nach wie vor in Gefahr. Seit 2015 wurden keine Fortschritte bezüglich der Zulassung unabhängiger Gewerkschaften erzielt, und das Arbeitsgesetz, an dem seit 2011 gearbeitet wird, wurde immer noch nicht verabschiedet. Die Polizeigewalt und die generelle Belästigung unabhängiger Gewerkschaftsführer dauern an, und die CGATA-Mitgliedsorganisationen sehen sich zahlreichen ungerechtfertigten Entlassungen und erheblicher gewerkschaftsfeindlicher Diskriminierung gegenüber. Der IGB hat sich bezüglich der jüngsten Rechtsverletzungen an den IAO-Ausschuss für die Durchführung der Normen (CAS) und den IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit (CFA) gewandt, und gemeinsam mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen wurden mehrere Bitten um eine dringende Intervention an die IAO gerichtet.

Ägypten: Die immer weiter zunehmenden staatlichen Repressionen gegenüber der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Ägypten sind alarmierend. Der gesetzliche Rahmen, und insbesondere das neue Gesetz Nr. 213/2017, macht in der Praxis jeden freien Organisationsversuch durch übermäßige und exorbitante Auflagen zunichte, während die Polizei und die Streitkräfte bei friedlichen Streiks systematisch hart durchgreifen, Protestierende verprügeln und festnehmen und Gewerkschaftsmitglieder in manchen Fällen „vorsorglich“ verhaften. Darüber hinaus hat der gesetzlich vorgeschriebene „Regularisierungsprozess“, durch den die Gewerkschaften verpflichtet wurden, für ihre offizielle Anerkennung neue Dokumente einzureichen, zu unzähligen Verletzungen des Rechtes auf die Gründung von und den Beitritt zu Gewerkschaften geführt. Der IGB hat sich bezüglich der jüngsten Rechtsverletzungen an den CAS gewandt und die Probleme im Rahmen der WTO-Überprüfungsmechanismen angesprochen.